



Die Entmündigung der Sachsen durch die EU

Und weshalb der SAEXIT die besten Chancen bietet

***EU raus aus Sachsen, wir wollen den***

**SAEXIT!**

**SAEXIT!**

## Inhalt

1	Das Problem der Europäisierung.....	3
2	Wie die EU Sachsen schadet .....	3
2.1	Demokratiedefizit.....	3
2.2	Finanzielle Belastung.....	5
2.3	Gesetze ohne regionalen Bezug.....	5
2.4	Friedenssicherung .....	7
2.5	Bürokratie und Vertrauensverlust.....	7
2.6	Währungsunion.....	8
3	Was ist zu tun? – SAEXIT!.....	9
4	Quellenverzeichnis .....	12



# 1 Das Problem der europaweiten Zentralisierung

„Wo immer etwas fehlerhaft ist, ist es zu groß“ – Leopold Kohr (1909 – 1994)

Seit einigen Jahrzehnten schon dominieren Globalisierung, grenzenloser Wachstumszwang und Beschleunigung unsere gegenwärtige Gesellschaft.

Ein solch zwanghafter Drang nach Expansion kann weitreichende Auswirkungen für Gesellschaft, Politik, Kultur, Umwelt und Wirtschaft mit sich bringen.

Zusammenschlüsse mächtiger Instanzen sollen die negativen Folgen der fehlgeschlagenen Globalisierung wieder ausgleichen. Doch hier spiegelt sich ein Gegensatz wider.

Wie sollen immer größer und mächtiger werdende Institutionen, wie die Europäische Union passende Antworten für lokale Probleme finden? Die Gefahr besteht, dass Probleme von unterschiedlicher Relevanz oder Komplexität pauschalisiert werden.

In der folgenden Arbeit wird in mehreren Punkten aufgezeigt, wie die Europäische Union dem Freistaat Sachsen sowie jedem einzelnen sächsischen Bürger schadet. Im letzten Teil der Arbeit wird der vernünftigste Weg erläutert, diesen Missstand zu beheben.

## 2 Wie die EU Sachsen schadet

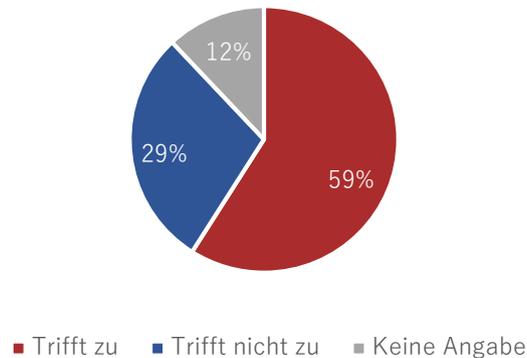
### 2.1 Demokratiedefizit

In der modernen Wissenschaft gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die EU ein erhebliches Demokratiedefizit hat. Ungeachtet dieser systemischen Mängel, wurden und werden immer noch, weitere Kompetenzen, die bisher unter die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder gefallen sind, an die EU abgegeben. Das Resultat dieser Entwicklung ist ein schwindender Einfluss jedes einzelnen Bürgers auf die Gesetzgebung, welcher er sich unterzuordnen hat. Direkt wählbar sind lediglich Parteilisten mit, den meisten Menschen unbekanntem Parlamentarier, die den Auftrag haben, die Wähler im weitestgehend machtlosen Europäischen Parlament zu vertreten, während Gesetze in anderen EU-Organen fernab der Kontrolle und Aufmerksamkeit der Bürger verfasst werden.



Abbildung 1:

## Gründe für Nichtbeteiligung: Meine Stimme hat doch ohnehin nichts zu sagen



Zustimmungswerte zu der These "Meine Stimme hat doch ohnehin nichts zu sagen",

Erhebungsregion: Sachsen

Quelle: ergebnisbericht-sachsen-monitor 2018 Seite: 31

Wie in *Abbildung 1* zu sehen, fehlt dem Großteil der Bevölkerung der Glaube daran, dass die eigene Stimme politisches Gewicht hat. Um dies zu ändern, müssen die Bürger die Kontrolle zurückerlangen.

Nicht einmal das Konstrukt des Europäischen Parlaments, das zur Wahrung des demokratischen Scheins geschaffen wurde, folgt dem urdemokratischen Grundsatz der Gleichheit der Stimmen. So werden 68 833 Bürger Maltas beispielsweise von einem Parlamentarier vertreten, dessen Stimme dasselbe Gewicht hat, wie die Stimme eines Parlamentariers aus Deutschland, der 852 083 Bürger vertritt. Folglich ist die Stimme eines Maltesers mehr als das Zwölfwache einer deutschen Stimme wert. Auf diese Weise entstehen Regelungen, die dem Volkswillen der sächsischen und deutschen Bevölkerung in keiner Weise entsprechen. Eigenständige Länder werden plötzlich von anderen Staaten über ein intransparentes und antidemokratisches System fremdbestimmt, das maßgeblich durch die deutsche Bevölkerung finanziert wird.

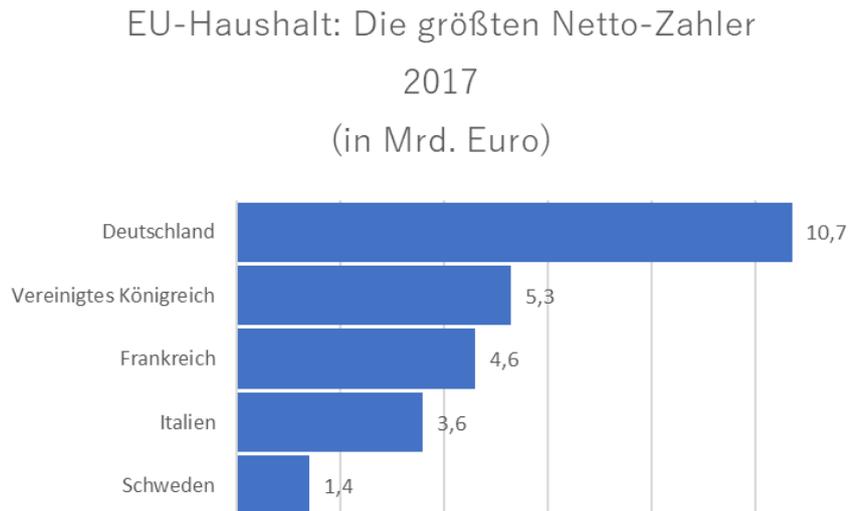
Die EU untergräbt die sächsische Demokratie!



## 2.2 Finanzielle Belastung

Jedes Jahr zahlen die deutschen Steuerzahler ca. 20 Mrd. Euro an die EU, um die europäischen Bürokraten bezahlen zu können und die verfehlte Wirtschaftspolitik anderer europäischer Staaten auszugleichen.

*Abbildung 2:*



*Netto-Zahler in den EU Haushalt*

*Quelle: Europäische Kommission 2017*

Um die fehlenden Zahlungen der Briten nach dem BREXIT zu kompensieren, wird vor allem der absolute Beitrag Deutschlands zur Finanzierung der EU erneut stark ansteigen. Folglich wird die bereits teure Mitgliedschaft in der EU für Deutschland und Sachsen in naher Zukunft erheblich teurer.

Die EU leert die sächsischen Geldbeutel!

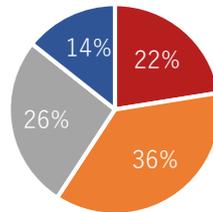
## 2.3 Gesetze ohne regionalen Bezug

Als supranationale Organisation reguliert die EU unkontrolliert durch die wahlberechtigte Bevölkerung die Gesetzgebung und das Zusammenleben auf unserem Kontinent. Regionale Kulturen und Unterschiede werden bei dieser großflächigen Gesetzgebung nicht berücksichtigt und schließlich zerstört. Unsere funktionierende föderale, nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaute Ordnung ist in Gefahr.



Abbildung 3:

### Machen Sie sich Sorgen, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht?



■ Sehr große Sorgen ■ Eher große Sorgen ■ Eher geringe Sorgen ■ Keine Sorgen

*Zustimmungswerte zu der These „Machen Sie sich Sorgen, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren geht?“, Erhebungsregion: Sachsen*

*Quelle: ergebnisbericht-sachsen-monitor 2018 Seite: 11*

Nimmt man die in *Abbildung 2* zu erkennende Entwicklung ernst, erscheint es selbstverständlich, dass sich die Mehrzahl der Sachsen Sorgen um die Auswirkungen der EU auf die Lokal gewachsenen Kulturen machen.

In manchen Politikfeldern stammen über 80% der Gesetze aus Brüssel. Die EU überzieht Sachsen mit abertausenden unsinnigen, unpassenden, vereinheitlichenden und wachstumshindernden Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen.

Beispielsweise wird aufgrund einer EU-Verordnung die sächsische Umwelt zerstört, um ineffiziente und gefährliche Windkraftanlagen zu bauen, während der Betrieb in modernen und sauberen sächsischen Braunkohlekraftwerken eingestellt werden muss. Wir Sachsen müssen die Kontrolle über unser Land, unsere Gesetzgebung und unsere Ressourcen zurückerlangen. Um nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten, müssen wir eigenständig und unabhängig über Wirtschafts- und Energiefragen entscheiden können.

Die EU schadet der sächsischen Identität!



## 2.4 Friedenssicherung

Die Zentralisierung ist nicht mehr vereinbar mit der ursprünglichen Idee der EU, als eine Gemeinschaft souveräner Staaten. Vielmehr werden, da traditionell innerstaatliche Politikfelder plötzlich von supranationaler Ebene aus reguliert werden, zwischenstaatliche Konflikte in Europa wieder heraufbeschworen. Die besten Beispiele aus jüngster Vergangenheit, die exemplarisch für die beschriebenen Entwicklungen stehen, sind die Finanzpolitik, Eurorettung und die Dauerthematik der Flüchtlingspolitik. All diese Themen haben das Misstrauen zwischen den Staaten Europas verschärft.

Ursprünglich als Friedensgarant geplant, ist die EU heute nicht mehr in der Lage, die Freundschaft der Staaten innerhalb Europas zu fördern.

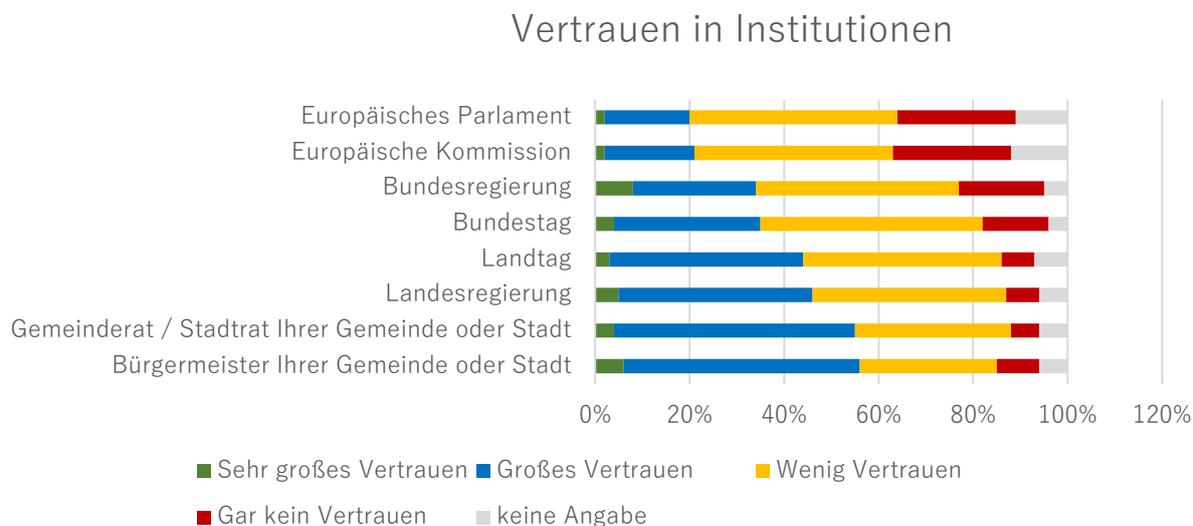
Die EU riskiert die Freundschaft zu den sächsischen Nachbarn!

## 2.5 Bürokratie und Vertrauensverlust

Selbstverständlich sind in der Nachkriegszeit durch das Zusammenrücken der europäischen Gemeinschaft auch bedeutende und erhaltenswerte Vorteile entstanden. Doch benötigen wir für den freien Personenverkehr oder den europäischen Binnenmarkt eine derart aufgeblähte politische Organisation, die uns mit Zahlungen an andere Staaten, einer Transferunion, einer EU-Wirtschaftsregierung, Eurobonds und „Euro-Rettungsschirmen“ (Bailout, ESM, EFSF oder ähnliche Regelungen) beziehungsweise eine Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Schulden anderer Staaten traktiert? Nein! Entscheidungen müssen wieder auf lokaler Ebene, vor Ort direkt von den Bürgern getroffen werden.



Abbildung 4:



Umfrage zum Vertrauen in die politischen Organe auf verschiedenen Ebenen

Erhebungsregion: Sachsen

Quelle: ergebnisbericht-sachsen-monitor 2018 Seite: 24

Wie in *Abbildung 3* deutlich zu sehen ist, ist die EU selbst nach Jahrzehnten nicht in der Lage das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Angesichts des breiten Vertrauensdefizits in die Organe der EU, ist es Zeit für eine Rückgabe der Kompetenzen an die landes- und kommunalen Ebenen. Entscheidungen sollten in den Gremien getroffen werden, denen die Bürger vertrauen. Es ist Zeit, wieder vernünftige Lösungen für unsere Probleme zu finden.

Die EU verdient das sächsische Vertrauen nicht!

## 2.6 Währungsunion

Insbesondere die Währungsunion birgt aufgrund des heterogenen Währungsraum erhebliche Risiken für wirtschaftlich starke Länder, die die finanzielle Haftung für wirtschaftlich schwache Länder mittragen müssen. Für kriselnde Länder wird der einheitliche Euroraum zur Belastung, da es ihnen nicht möglich ist, den Wert des Euros wesentlich zu beeinflussen. Eine Abwertung der Währung um die eigenen Exporte konkurrenzfähiger zu machen ist in diesem System ausgeschlossen. Wirtschaftlich



schwache Staaten drohen auf diese Weise eine dauerhafte Belastung für ökonomisch besser gestellte Staaten, wie Deutschland zu werden.

Geleitet wird die Währungsunion von einer Organisation fernab jeder Kontrolle, der EZB. Die Aufgabe der EZB besteht vornehmlich darin, die Preisstabilität im Euro-Raum zu gewährleisten.

Um die Fehlkonstruktion des Euroraums jedoch künstlich am Leben zu erhalten, muss die EZB dauerhaft Geld nachdrucken. Die Vergrößerung der Geldmenge führt zu einer Abwertung des Geldes. Die Folge ist, dass das mühsam aufgebaute Vermögen von Sparern schleichend entwertet wird.

Die EU schädigt die Sicherheit der sächsischen Ersparnisse!

### 3 Was ist zu tun? – SAEXIT!

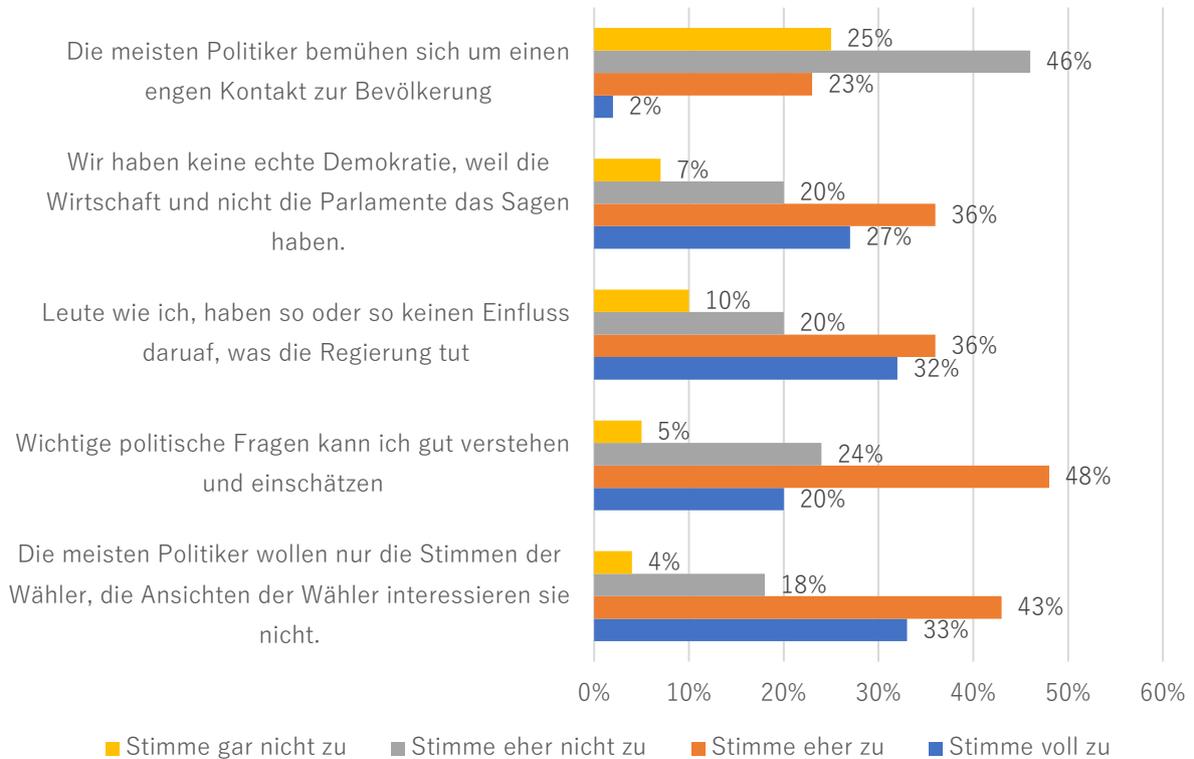
Aus den im zweiten Kapitel genannten Gründen lautet unsere Forderung: EU raus aus Sachsen! Die für unser Land besten Entscheidungen treffen die sächsischen Bürger selbst, wir brauchen den SAEXIT!

Auf die Entfremdung der Politik zu den Bürgern ist mit Bürgernähe zu antworten. Langwierige intransparente Entscheidungsprozesse müssen durch unkomplizierte maßgeschneiderte Beschlüsse ersetzt werden. Um mit dem fehlenden Vertrauen (*Abbildung 4*) in Parteien und Politiker umzugehen, brauchen wir ein stärkeres direktdemokratisches Element in unserer Gesetzgebung.



Abbildung 5:

### Aussagen über Politik und Politiker



Zustimmungen zu verschiedenen Aussagen über Politik und Politiker

Erhebungsregion: Sachsen

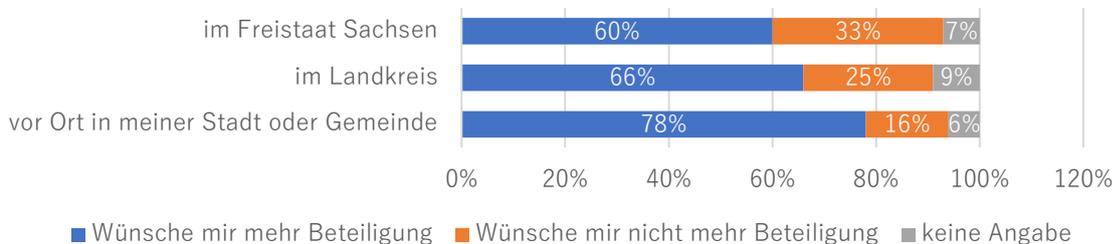
Quelle: ergebnisbericht-sachsen-monitor 2018 Seite: 29

Wir fordern, das Bedürfnis der Bürger nach direkter Demokratie auf allen Ebenen endlich ernst zu nehmen und direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen zum Standard zu machen.



Abbildung 6:

### Auf welcher politischen Ebene wünschen Sie sich mehr Bürgerbeteiligung?



Umfrage zur direkten Demokratie

Erhebungsregion: Sachsen

Quelle: ergebnisbericht-sachsen-monitor 2018 Seite: 33

Bereits abgegebene Rechte sind unverzüglich zurückzugeben. Die Zahlungen Deutschlands sind schnellstmöglich auf null zu reduzieren und gleichzeitig sind sämtliche Subventionen abzubauen.

Wir brauchen eine eigene stabile Währung, die nicht jährlich entwertet wird und es uns Sachsen wieder ermöglicht Vermögen aufzubauen.

Staatliche Eingriffe in unser Leben müssen auf ein Minimum reduziert werden. Der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben Schutz von Leben, Freiheit des Einzelnen und dessen Eigentum, Sicherheit und Grenzschutz zu beschränken.

Staatliche Mittel sollen vor Ort eingesetzt werden, wo sie den Bürgern unmittelbar zugutekommen, ohne dass unnötige Leistungen und schlechtes Management bezahlt werden müssen.

Um die genannten und weitere Maßnahmen zum Ausbau des Wohlstands, der finanzielle Sicherheit und der Lebensqualität aller Sachsen zu verwirklichen, müssen wir die Kontrolle zurückerlangen. Wir brauchen den SAEXIT!



In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass die sächsischen Bürger als Volkssouverän von ihrem Recht Gebrauch machen, einen Volksentscheid über die Eigenständigkeit des Freistaates Sachsen abzuhalten und unsere deutschen und europäischen Nachbarn zu ermutigen diesem Beispiel regionaler Selbstbestimmung zu folgen.

Tun Sie etwas für Ihr Land und unterstützen Sie die PDV mit Ihrer Stimme bei der Landtagswahl am 1. September 2019.

Weitere Informationen über unser Programm und den SEAXIT insbesondere finden Sie unter:

[www.saexit.de](http://www.saexit.de)

[www.pdvsachsen.de](http://www.pdvsachsen.de)

[www.parteidervernunft.de](http://www.parteidervernunft.de)

## 4 Quellenverzeichnis

Dimap-Das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2018): Sachsen-Monitor 2018 [online], <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/ergebnisbericht-sachsen-monitor-2018.pdf> [26.08.2019].

Europäische Union (2019): Europäisches Parlament, [online], [https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-parliament\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-parliament_de) [26.08.2019].

Europäische Kommission (2017): EU-Haushalt 2017, [online], <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger> [26.08.2019].

Riese Dorothee, Lornz Astrid (2018): Konkurrenz der Deutungen: Sächsische Perspektiven auf die Europäische Union, in: Riese Dorothee, Lornz Astrid (Hrsg.), Brauchen wir Europa?. Sachsen in der EU, Leipzig: E.A. Seemann Henschel GmbH & Co, S 8 – 18.

